WP-04-073 Ein Land der Solidarität

Antragsteller*in: LAG Soziales, Arbeitsmarkt und Beschäftigungspolitik
Beschlussdatum: 01.11.2026

Änderungsantrag zu WP-04

Von Zeile 72 bis 74 einfügen:
Wer beim Öffnen der Stromrechnung zuerst überlegen muss, welche andere Ausgabe dafür warten kann, lebt unter ständigem finanziellem Druck. Armutsbetroffene dürfen deshalb nicht auch noch durch hohe Kosten für (Ent)sperrung des Stromanschlusses bestraft werden. Stromanbieter wollen wir dazu anhalten, standardmäßig Prepaid-Tarife anzubieten, um auch überschuldeten Haushalten Auswege aus überteuerten Tarifen zu bieten. Damit Beratungs- und Förderangebote für Mietende auch tatsächlich bei Menschen mit niedrigem

Begründung

Armutsbetroffene Menschen sollten wir nicht durch überzogene Entsperrgebühren zusätzlich finanziell belasten. Beträge über 100 Euro sind hierfür keine Seltenheit. Teils verhindern sie auch die zeitnahe Entsperrung, da Betroffene zwar ihre ausstehenden Stromrechnung begleichen können, nicht aber den Zusatzbetrag. Menschen ohne Strom können kein menschenwürdiges Leben führen. Sie greifen zu Ersatzmaßnahmen, wie der Beleuchtung durch Kerzen und stellen damit auch ein Brandrisiko dar. Es liegt also auch im gesamtgesellschaftlichen Interesse, der Wiederaufnahme der Stromversorgung keine unnötigen Hürden in den Weg zu legen.

Zudem steht armutsbetroffenen bzw. überschuldeten Menschen oft der Weg zu alternativen kostengünstigeren Anbietern nicht offen, da ein Vertrag an der SCHUFA-Auskunft scheitert. Eh schon arme Menschen werden dadurch noch ärmer. Prepaid-Tarife (bei intelligenten Stromzählern) können wie im Mobilfunkbereich ein Ausweg aus dieser Situation sein. Grüne Wirtschafts- und Energiepolitik kann die Anbieter zu entsprechenden Angeboten animieren/lenken.